

Beschluss Komplex II: faire und gerechte Gesellschaft

Gremium: Kreismitgliederversammlung

Beschlussdatum: 16.03.2021

Antragstext

- 1 Zusammen einander stärken – eine offene Gesellschaft für alle
- 2 Täglich begegnen wir in unserem Bezirk Menschen mit verschiedenen
3 Lebensmodellen, Weltanschauungen und Erfahrungen. Menschen aus allen Teilen der
4 Welt leben in Charlottenburg-Wilmersdorf. Sie setzen sich füreinander ein und
5 heißen Neue willkommen.
- 6 Gemeinsam mit diesen Menschen treten wir entschlossen gegen
7 Menschenfeindlichkeit in all ihren Formen ein. Wir haben keinen Platz für Hass
8 und Hetze. Aber wir haben Platz für ein solidarisches Miteinander, dass für die
9 Gleichstellung der Geschlechter kämpft, für die Rechte von lesbischen, schwulen,
10 bisexuellen, trans, inter und queeren Menschen (LGBTIQ) und für eine
11 menschenwürdige Versorgung von Geflüchteten. Wir kämpfen für eine offene
12 Gesellschaft, die fair, solidarisch und gerecht ist.
- 13 Unsere wichtigsten Forderungen im Überblick:
- 14 • Zukunft des Unternehmer*innenzentrums langfristig sichern
 - 15 • Eine*n Queerbeauftragte*n für Charlottenburg-Wilmersdorf
 - 16 • Zentrale Anlaufstellen und Begegnungszentren stärken
 - 17 • Strategie zur Bekämpfung der Rechten Raumeinnahme
 - 18 • Konzept zur postkolonialen Erinnerungskultur im Bezirk
- 19 Geschlechtergerechtigkeit fördern
- 20 Wir wünschen uns ein Charlottenburg-Wilmersdorf, in dem Menschen aller
21 Geschlechter selbstbestimmt leben können. Frauen bekommen in unserer
22 Gesellschaft immer noch nicht das, was ihnen zusteht – sei es bei Gehältern,
23 Chancen im Beruf, der Aufteilung von Care-Arbeit oder der Teilhabe an
24 politischen Prozessen. Diese Ungleichheit wollen wir weiter abbauen. Die
25 Ausweitung des Hort- und Kita Angebots ist dazu unumgänglich. Nur so kann die
26 gerechte Aufteilung der Hausarbeit und der Kindererziehung zwischen den
27 Elternteilen gelingen. Wir wollen neben der Ansprechstelle bei der
28 Gleichstellungsbeauftragten im Bezirksamt Initiativen, die sich der Hilfe für
29 "Frauen in Not" verschreiben, unterstützen, um häusliche Gewalt gegen Frauen.
30 Für die Förderung der wirtschaftlichen Selbstständigkeit von Frauen möchten wir
31 die Zukunft des Unternehmers*innen-Centrum West (UCW) langfristig sichern und
32 modernisieren.
- 33
- 34 Wir wollen weiterhin, dass der Bezirk seine Richtlinien für Gender Budgeting und
35 Gender Mainstreaming an den aktuellen Stand anpasst. Das im Haushaltsplan
36 eingestellte Geld muss für mehr konkrete Maßnahmen ausgeschöpft werden, die die
37 geschlechtergerechte Verteilung der finanziellen Mittel sichern. In allen

38 bezirklichen Entscheidungen ist die Dimension Geschlecht, gemäß des Gender
39 Mainstreamings, mitzudenken, sodass die Belange aller Menschen berücksichtigt
40 werden. Initiativen und Vereine, die sich im Bezirk für
41 Geschlechtergerechtigkeit und die Förderung von Frauen einsetzen, wollen wir
42 stärker unterstützen.

43 Wir möchten, dass das Bezirksamt für eine kostenlose und professionelle
44 Kinderbetreuung während aller BVV- und Ausschusssitzungen sorgt. Auch weitere
45 Gremien wie bezirkliche Elternvertretungen sollten die Möglichkeit bekommen,
46 Kinderbetreuung beantragen zu können. Ohne eine solche Betreuungsmöglichkeit
47 werden Eltern von kleinen Kindern und hier vor allem Mütter in ihrer Arbeit und
48 Beteiligung in der BVV eingeschränkt. Die Abschaffung des eigenen BVV-
49 Ausschusses für Gender Mainstreaming hat sich nicht bewährt. Bei Gremien und
50 Jurys, die der Bezirk einsetzt, streben wir eine paritätische Besetzung an.

51 Queeres Leben aktiv unterstützen

52 Es gibt es; das queere Leben im Bezirk - es muss unterstützt und soll auch
53 sichtbar werden in unseren Kiezen. Queeres Leben ist Teil der
54 Lebenswirklichkeit unserer freien und offenen Gesellschaft. Projekte und
55 Organisationen wie den Dachverband Lesben im Alter im UCW, die Schwulenberatung
56 Berlin und die Projekte Lebensort Vielfalt Charlottenburg sowie die Bibliothek
57 andersherum unterstützen wir und setzen uns dafür ein, mehr LGBTIQ-Projekte und
58 Organisationen nach Charlottenburg-Wilmersdorf zu holen.

59
60 Wir wollen aktiv und gezielt Beratungs- und Hilfsangebote für Regenbogenfamilien
61 und queere Jugendliche ausbauen, Angebote für queere Kinder und Jugendliche in
62 Schulen und Einrichtungen der Jugendhilfe schaffen und queeres Wohnen
63 generationenübergreifend unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass
64 Charlottenburg-Wilmersdorf in Kooperation mit LGBTIQ-Organisationen Wohnen für
65 queere Jugendliche im Bezirk ermöglicht und fördert. Dieses Projekt soll aktiver
66 Teil des Netzwerks Queere Jugendhilfe Berlin werden.

67 Weiterhin wollen wir neben einer Gleichstellungsbeauftragten auch die Stelle
68 einer* Queerbeauftragte*n in Charlottenburg-Wilmersdorf einrichten. Im
69 Haushaltsplan des Bezirks müssen finanzielle Mittel für LGBTIQ-Projekte
70 eingestellt werden.

71 Um gezielter gegen Diskriminierung von Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans-,
72 Inter- und queeren Menschen (LGBTIQ) im Bezirk vorzugehen, brauchen wir einen
73 queeren Aktionsplan mit klaren Verpflichtungen seitens des Bezirks und ein
74 Konzept zur Gewaltprävention und Schutz vor LGBTIQ-Feindlichkeit. Wir müssen
75 Betroffenen Hilfe anbieten und ihnen zeigen, dass sie nicht allein sind. Darüber
76 hinaus wollen wir Initiativen wie das Register-Charlottenburg-Wilmersdorf, MANEO
77 und L-Support unterstützen und mit ihnen verstärkt zusammenarbeiten.

78 Willkommenskultur leben und stärken

79 Das überwältigende Engagement der Menschen in unserem Bezirk trägt wesentlich zu
80 einer menschenwürdigen Versorgung der Geflüchteten bei, die in
81 Erstaufnahmeeinrichtungen sowie Not- und Gemeinschaftsunterkünften leben. Allen
82 Menschen mit Fluchterfahrung wollen wir ein sicheres und würdevolles Leben
83 bieten können. Um dies zu erreichen braucht es mehr zentrale Anlaufstellen sowie

84 Begegnungszentren für Geflüchtete als auch für Unterstützer*innen wie die Ulme
85 35, das Haus der Nachbarschaft oder das Pangea Haus.

86 Wir wollen so die Beratungslandschaft im Bezirk dauerhaft verbessern.

87
88 Zudem müssen die Qualitätsstandards in den Unterkünften für Geflüchtete
89 verbessert werden. Besonders dem Schutz von unbegleiteten Minderjährigen
90 Flüchtlingen sind wir besonders verpflichtet. Ihre Unterbringung muss für die
91 zuständigen Stellen transparent erfolgen, sodass eine vertrauensvolle
92 Kooperation zwischen Jugendamt, Schulverwaltung, sozialen Trägern und
93 ehrenamtlichen Unterstützer*innen ermöglicht wird. Das Recht der jungen
94 Geflüchteten auf einen Schulbesuch und auf eine qualifizierte Ausbildung muss
95 schnell und unbürokratisch realisiert werden. Dazu müssen kostenlose Angebote
96 für Sprachunterricht und Hausaufgaben-/Nachhilfe geschaffen werden.

97 Projekte und Angebote, die der Vielfalt und der gesellschaftlichen Teilhabe von
98 Menschen mit Flucht-, Migrations- und Diskriminierungserfahrungen dienen, müssen
99 langfristig über den Bezirkshaushalt unterstützt werden.

100 Darüber hinaus wollen wir die Kompetenzen des Migrationsbeirats im Bezirk im
101 Rahmen der Neufassung des Partizipations- und Integrationsgesetzes auf
102 Landesebene erweitern.

103 Gemeinsam gegen Hass und Hetze

104 Die Neue Rechte versucht verstärkt in Charlottenburg-Wilmersdorf Raum
105 einzunehmen und sich in Form von Vereinen, Initiativen und Projekten hier
106 anzusiedeln. Als Grüne stellen wir uns jeder Form von Hass und Hetze entgegen.
107 Wir lassen den Rechten in unserem Bezirk keinen Fußbreit! Wir setzen uns dafür
108 ein, dass der Bezirk auf diese Strategie der Rechten Raumeinnahme aufmerksam
109 macht und diese Problematik ernsthaft angeht. Dazu wollen wir Bündnisse und
110 Organisationen aktiv unterstützen und Anlaufstellen wie die Registerstelle
111 Charlottenburg-Wilmersdorf bekannter machen. Die Verwaltung muss
112 antifaschistische Zivilgesellschaft gezielt unterstützen. So kann die
113 Alltagsdiskriminierung in unserem Bezirk besser erfasst und gezielter gegen sie
114 vorgegangen werden.

115 Weiterhin braucht es eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen dem Meldeportal
116 REGISTER, der Polizei, dem Ordnungsamt Charlottenburg-Wilmersdorf und der
117 mobilen Beratung gegen Rechts, um auf Rassismus und rechte Strukturen im Bezirk
118 aber auch in den Reihen von Polizei und Strafverfolgung selbst aufmerksam zu
119 machen. Wir wollen mit einer unabhängigen Beschwerdestelle beim Bezirksamt den
120 Menschen helfen, die Diskriminierung erfahren haben. Wir wollen diese personell
121 und finanziell so ausstatten, dass sie auch handlungsfähig ist und geschulte
122 Mitarbeiter*innen für diese Stelle anwerben.

123 Barrierefreiheit in allen Bereichen

124 Menschen mit Behinderung erleben in unserem Bezirk täglich Hürden
125 verschiedenster Art. Diese wollen wir abbauen und Charlottenburg-Wilmersdorf zu
126 einem barrierefreien Bezirk umgestalten. Dazu gehört, dass der Bezirk eine
127 barrierefreie Infrastruktur schafft. Zum Beispiel durch Indoor-
128 Navigationssysteme, die sehbehinderte Personen unterstützen. Weiterhin soll eine
129 einfache Beantragung von Mitteln zur Gebärdendolmetschung von Sitzungen
130 selbstverständlich werden.

131 Behindertenpolitik muss endlich als Querschnittsthema bearbeitet werden. Dafür
132 wollen wir unter anderem die verbindliche Nutzung der im Bezirk bereits
133 eingeführten Behinderten-Gleichstellungs Checkliste (Disability-Mainstreaming-
134 Checklist). Im Bausektor und im öffentlichen Verkehr muss Barrierefreiheit für
135 Sehbehinderte, Gehörlose und sowohl für körperlich als auch geistig
136 Beeinträchtigte von Anfang an mitgedacht werden.

137 Um Mehrfachdiskriminierungen im Bezirk gezielt intersektional zu
138 bekämpfen, braucht es einen verstärkten Austausch zwischen Integrations-,
139 Gleichstellungs-, Queer- und Behindertenbeauftragten, in den betroffene Personen
140 miteinbezogen werden.

141 Postkoloniale Erinnerungskultur im Bezirk umsetzen

142 Kolonialverbrecher*innen verdienen keine Ehrung im öffentlichen Raum. Deshalb
143 wollen wir Straßen und Plätze, die Kolonialverbrechen verherrlichen, umbenennen.
144 Diese Orte sollen durch eine dafür eingerichtete Kommission identifiziert
145 werden. An umbenannten Straßen und Denkmälern sollen Erinnerungstafeln den
146 historischen Kontext dieser Orte aufzeigen. Analoge Informationen vor Ort
147 sollten mit digitalen Möglichkeiten z.B. über QR-Codes verbunden werden. Wir
148 setzen uns dafür ein, dass der Bezirk auf seiner Website eine Karte mit
149 Informationen zu den betroffenen Orten einrichtet.

150 Neben Erinnerungstafeln sollen auch aktiv nutzbare Lernpfade insbesondere auch
151 für Kinder geschaffen werden, um nicht nur zu historischen Kontext zu
152 informieren, sondern sie auch erlebbar zu machen. So können, von Kindesbeinen
153 an, ein verantwortungsvoller Umgang und ein Bewusstsein für diese Thematik
154 gefördert werden.

155 Wir wollen Orte der kritischen Auseinandersetzung schaffen, um den Zusammenhang
156 zwischen Menschenrechten, Rassismus und Diskriminierung mit den Ursachen für
157 Flucht zu verknüpfen und die kapitalistischen Machtbeziehungen in der heutigen
158 postkolonialen Welt zu hinterfragen. Die Volkshochschule und die neue
159 Zentralbibliothek sollten hierfür als Begegnungsorte und kritische
160 Bildungszentren genutzt werden. Außerdem möchten wir das Bezirksmuseum dabei
161 unterstützen, eine Ausstellung zur Kolonialgeschichte Charlottenburg-
162 Wilmersdorfs zu konzipieren.

163 Eine zukunftsfähige Bildung für alle Familien

164 In unseren Bildungseinrichtungen werden bereits im jüngsten Alter die Weichen
165 für den weiteren Lebensweg gestellt. Wir wollen ein Charlottenburg-Wilmersdorf,
166 in dem jedes Kind von Anfang an eine Chance erhält und in dem der Erfolg in Kita
167 und Schule nicht von der sozialen Herkunft abhängt. Grüne Bildungspolitik setzt

168 daher darauf, Bedingungen für das Lernen zu schaffen, in denen kein Kind
169 zurückgelassen wird.

170 • Wir stärken die frühkindliche Bildung durch mehr Ausbildungsplätze für
171 Erzieher*innen, Kita-Neubauten, Kita- Sanierung.

172 • Wir gestalten Schule zukunftsfähig durch schnelles Internet, IT-Technik,
173 IT-Spezialist*innen. Wir bauen und sanieren Schulen.

174 • Wir wollen in Kitas und Schulen regionales Bio-Essen. Wir fördern Projekte
175 zur Klimakrise.

176 • Wir stärken die Beteiligung von Kindern und Familien durch einen Etat pro
177 Schule, über den Schüler*innen verfügen können, Stärkung des Kinder- und
178 Jugend-Büros und der Elternvertretungen, Unterstützung des Kinder- und
179 Jugendparlaments.

180 • Kinder können sich sicher im Bezirk bewegen durch Schulstraßen,
181 verkehrsberuhigte Bereiche sowie sichere Schul- und Kitawege.

182 • Kinder und Familien bekommen mehr Platz im öffentlichen Raum durch neue
183 Spielplätze, grüne Plätze, Spielstraßen.

184 • Die Verwaltung wird familienfreundlicher und einfacher durch ein Familien-
185 Servicebüro.

186 Frühkindliche Bildung stärken

187 Um für die Kitas mehr Erzieher*innen zu haben und einen besseren
188 Betreuungsschlüssel zu erreichen, sollen Erzieher*innenschulen mehr
189 Ausbildungsplätze bekommen. Wir wollen im Bezirk mehr für pädagogische Berufe
190 werben - auch um Quereinsteiger*innen.

191 Die Kitaplätze in Charlottenburg-Wilmersdorf reichen noch nicht aus. Um genügend
192 Plätze zur Verfügung stellen zu können wollen wir Kitas neu bauen und bestehende
193 Kitas sanieren. Bei allen Bauprojekten im Bezirk soll geprüft werden, ob auch
194 neue Kitaplätze und Indoorspielplätze geschaffen werden können - wie bei der
195 „Modularen Unterkunft für Flüchtlinge“ (MUF) Quedlinburger Straße erfolgreich
196 geschehen.

197 Bei Kitaneubauten dürfen keine Flächenkonkurrenzen zu öffentlichen Grünflächen,
198 Spielplätzen oder mit anderen sozialen Einrichtungen entstehen! So konnte in
199 dieser Wahlperiode erst der massive Widerstand von Eltern, Kindern und der
200 grünen Partei die SPD-geführte Jugendabteilung von ihrem Vorhaben abhalten,
201 ausgerechnet den Abenteuerspielplatz im Güntzelkiez (für Kita- und
202 Verwaltungszwecke) zu bebauen. Die Suche nach geeigneten bereits versiegelten
203 Flächen wie Straßen oder Parkplätzen , die für Kita-Neubauten umgewidmet werden
204 können, muss verstärkt werden.

205 Bildung zukunftsfähig und gerecht gestalten

206 Corona hat uns gezeigt, wie wichtig die Digitalisierung unserer Schulen ist und
207 welche Potenziale sie birgt. Digitale Formate bedeuten nicht nur Lernen von
208 Zuhause, sondern bringen auch einen großen Mehrwert für den Unterricht in
209 Präsenz. Für die Schulen wollen wir ein an der Schüler*innenzahl orientiertes

210 IT-Budget ergänzend zum herkömmlichen Schulbudget bereitstellen, um die digitale
211 Ausstattung der Schule fortlaufend auf einem optimalen Stand halten zu können.
212 So sollen unter anderem Schüler*innen und Lehrer*innen Zugang zu Tablets und
213 Laptops bekommen. Damit leisten wir auch einen wichtigen Beitrag zur
214 Bildungsgerechtigkeit, weil digitale Teilhabe nicht vom Geldbeutel der Eltern
215 abhängen darf. Darüber hinaus sollen Lehrer*innen IT-bezogene
216 Weiterbildungsmöglichkeiten erhalten, um den digitalen Herausforderungen des
217 Schulaltags gewachsen zu sein.

218 Wir wollen vorhandene Schulgebäude in unserem Bezirk sanieren und Schulen bauen,
219 um für mehr Schüler*innen genug Schulplätze zu haben. Statt maroder Schulen
220 wollen wir eine moderne Schulinfrastruktur.
221 Bei Sanierungen und Neubauten streben wir Klimaneutralität und Barrierefreiheit
222 an.

223 Wir verstehen Schule als ein Raum für Schüler*innen, indem sie sich frei
224 entfalten und erproben können. Dies beginnt bereits bei Umbauten und
225 Erweiterungsbauten bei denen die Schulgemeinschaften, insbesondere Schüler*innen
226 durch Partizipations-Workshops eingebunden werden, damit sie nicht nur lernen
227 eine eigene Meinung zu vertreten, sondern auch Selbstwirksamkeit erfahren. Nur
228 so können alle Wünsche und Vorstellungen an eine Schule für alle berücksichtigen
229 und auf einem demokratisches Fundament gebaut werden.

230 Unser Bildungssystem verfestigt gesellschaftliche Ungleichheit und benachteiligt
231 vor allem Kinder aus migrantischen oder bildungsfernen Familien. Mit der
232 Einführung von Gemeinschaftsschulen hat sich Berlin dabei auf den Weg zu mehr
233 Bildungsgerechtigkeit gemacht. Daher sollen auch bei uns in Charlottenburg-
234 Wilmersdorf weitere Gemeinschaftsschulen mit gymnasialer Oberstufe entstehen,
235 damit für mehr Schüler*innen das gemeinsame Lernen während der gesamten
236 Schulzeit wählbar wird. Die Entstehung oder Umwandlung von Schulen zu
237 Gemeinschaftsschulen wollen wir fördern und unterstützen.

238 Saubere Schulen sind Grundlage einer angenehmen Lernatmosphäre. Dafür wollen wir
239 den Einstieg in die Rekommunalisierung der Schulreinigung modellhaft an einigen
240 Standorten erproben. Sobald die Finanzierung durch das Land Berlin gesichert
241 ist, sollen dann schrittweise nach Tarif und im öffentlichen Dienst beschäftigte
242 und den Schulen zugeordnete Reinigungskräfte die Arbeit übernehmen. Wir wollen,
243 dass gesellschaftlich wertvolle Arbeit angemessen bezahlt wird.

244 Die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Bildungseinrichtungen und Initiativen des
245 Bezirks soll weiter verstärkt werden, um Kindern und Jugendlichen ein möglichst
246 breites Angebot zur persönlichen Interessenbildung und -entwicklung bieten zu
247 können. Dazu muss das außerschulische Angebot der Die Gartenarbeitsschule, der
248 die Jugendverkehrsschule und die Jugendkunstschule, sowie der Musikschulen im
249 Bezirk gestärkt werden. Darüber hinaus soll ein Konzept entwickelt werden, wie
250 Kinder und Jugendliche sich auch im sozialen Bereich mehr im Bezirk engagieren
251 und einbringen können, um so Verantwortung und das soziale Miteinander zu
252 lernen. Zudem sollen überregionale Angebote wie z.B. Demokratie lernen & leben
253 bekannter gemacht werden.

254 Kitas und Schulen ökologisch entwickeln

255 Um die Qualität des Mittagessens in den Einrichtungen zu verbessern, sollen
256 verwendete Lebensmittel Bio, saisonal und regional und weitestgehend pflanzlich
257 sein.

258 Das Kochen vor Ort, die Essenzubereitung als Thema für Kinder, das gemeinsame
259 Arbeiten im (Schul-)Garten und der Gartenarbeitsschule sowie Exkursionen auf
260 Bio-Bauernhöfe ins Umland sollen Kindern ein Bewusstsein für gesundes,
261 insbesondere pflanzliches Essen und seine Herkunft vermitteln.

262 Mit der Bewältigung der Klimakrise hinterlassen wir den Kindern und Jugendlichen
263 eine riesige Aufgabe. Dass sie in der Schule kaum thematisiert wird, passt damit
264 nicht zusammen. Deshalb müssen Projekte zum Thema Klimakrise gefördert werden.
265 Hierbei kann die Unterstützung durch die Stabsstelle Bildung für nachhaltige
266 Entwicklung genutzt werden, zum Beispiel zum Thema Erneuerbare Energien, Fairer
267 Handel oder "Essen macht Schule".

268 Um die Öko-Bilanz von Kitas und Schulen zu verbessern, müssen mehr Freiflächen
269 von Pflaster oder Asphalt befreit werden. So wird gemeinschaftliches Gärtnern
270 möglich. Schulen sollen Solardächer und energiesparende Heizsysteme bekommen.

271 Alle Bildungseinrichtungen sollen sich für den Stadtteil öffnen und den
272 Austausch untereinander und mit der Nachbarschaft verstärken, um das soziale
273 Miteinander zu fördern.

274 Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Eltern stärken

275 Wir wollen den Schüler*innen-Haushalt fest in unserem Bezirk verankern und
276 Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit geben, selbst über einen eigenen Etat
277 pro Schule zu verfügen. Dafür sind die finanziellen Mittel in den
278 Bezirkshaushalt einzustellen und die pädagogische Begleitung durch die
279 Servicestelle Jugendbeteiligung zu gewährleisten.

280 Elternvertretungen in Schule und Kita, sowie auf Bezirksebene leisten eine
281 wichtige Arbeit in unserem Bezirk. Wir wollen ihre Arbeit stärken und ihnen eine
282 hauptamtliche Ansprechperson und Räume im Bezirksamt zur Verfügung stellen.

283 Wir fördern die Kinder- und Jugendbeteiligung durch ein eigenes Büro und die
284 Unterstützung des Kinder- und Jugendparlamentes. Ihre Beschlüsse werden in der
285 Bezirksverordnetenversammlung diskutiert und beschlossen.

286 Wir stärken die Arbeit der Integrationslots*innen und setzen uns für
287 mehrsprachige Angebote ein, um mit der Beratung und Arbeit der
288 Integrationslots*innen möglichst viele Menschen zu erreichen. Dafür ist eine
289 hochwertige Qualifizierung notwendig.

290 Wir wollen Kinder und Jugendliche vor Kriminalität und Gewalt schützen. Deshalb
291 unterstützen wir Projekte des bezirklichen Präventionsrates gegen Gewalt, damit
292 sie weder Opfer noch Täter*innen werden.

293 Starke Jugendfreizeiteinrichtungen sind erster Anlaufpunkt, um eigene Interessen
294 zu entdecken und zu entwickeln. Kinder aus ressourcenarmen Familien profitieren
295 davon besonders.

296 Kinder können sich selbständig im Bezirk bewegen

297 Wir wollen, dass sich alle Kinder im Bezirk sicher bewegen können. Dafür
298 schaffen wir die Voraussetzungen rund um Kitas und Schulen. Wir unterstützen

299 Initiativen, die temporäre Spiel- und Schulstraßen und verkehrsberuhigte
300 Bereiche fordern und organisieren.

301 Wir haben alle Schulen im Bezirk auf die Schulwegsicherheit untersucht. Wir
302 setzen die empfohlenen Maßnahmen um und wollen regelmäßig in Absprache mit den
303 Schulen die Lage neu bewerten und prüfen, ob erneut Handlungsbedarf besteht.

304 Wir unterstützen es, wenn Kinder zu Fuß oder mit dem Fahrrad zur Schule oder zur
305 Kita kommen. Dafür wollen wir die Jugendverkehrsschulen stärken und die
306 Mobilitätserziehung in den Schulen und in den Kitas weiterentwickeln, damit
307 Schüler*innen und Kitakinder sich auf ihren Wegen sicher im Straßenverkehr zu
308 bewegen wissen. Hierfür sollen die Jugendverkehrsschulen ihre täglichen
309 Öffnungszeiten erweitern und auch am Wochenende für Familien zugänglich sein.

310 Eine bessere Radinfrastruktur ist für die Mobilitätswende notwendig. Dafür
311 schaffen wir ausreichend Radabstellplätze und Fahrradreparaturstationen rund um
312 Schulen und Kitas; und kontrollieren Verstöße durch das Ordnungsamt.

313 Mehr Grün und mehr Platz im öffentlichen Raum für Kinder, Jugendliche und
314 Familien

315 Der Bezirk hat gute, aber viel zu wenige Spielplätze! Der verdichtete
316 Innenstadtbezirk Charlottenburg-Wilmersdorf hat gegenwärtig ein großes
317 Flächendefizit bei Spielplätzen (Richtzahl: 1m² pro Einwohner, in CW: 0,47 m²)
318 und steht damit an zweitschlechtester Stelle aller Bezirke in Berlin! Vorhandene
319 Spielplätze müssen erhalten bleiben und neue geschaffen werden! Die Qualität der
320 Spielplätze ist deutlich verbessert worden. Weit mehr als die vom Senat
321 zugewiesenen Spielplatzsanierungsmittel konnte das Grünflächenamt in den
322 vergangenen Jahren in die Instandhaltung investieren, indem es auf die nicht
323 verausgabten Mittel aus anderen Bezirken zugreifen konnte.

324 Wir wollen mehr Orte für Kinder und Jugendliche draußen schaffen. Dazu müssen
325 Straßen in Spielplätze umgewidmet werden, in temporäre und dauerhafte
326 Spielstraßen und grüne Plätze.

327 Jugendeinrichtungen müssen so unterstützt werden, dass sie länger öffnen können.
328 Jugendpartyräume müssen auch am Abend zur Verfügung stehen.

329 Auf öffentlichen Flächen und in der Nähe von Spielplätzen sollen ausreichend
330 viele Bänke, Wasserspender und barrierefreie Toiletten vorhanden sein.

331 Die öffentliche Nutzung von Kleingartenanlagen soll verstärkt werden.

332 Familienfreundliche Verwaltung

333 Berliner Familien sind genervt von einer langsamen Bürokratie und komplizierten
334 Verwaltungsverfahren. Wir wollen Familien bei der Antragstellung unter die Arme
335 greifen, in dem wir ein Familienservicebüro etablieren. Darin sollen sämtliche
336 familienbezogenen Leistungen zentral und mehrsprachig beantragt werden können.
337 Dadurch ersparen wir Familien unnötige Wege und Kopfschmerzen.

338 Das Haus der Nachbarschaft und die Ulme 35 sind Leuchttürme in unserem Bezirk,
339 die für zivilgesellschaftliches Engagement und nachbarschaftliche Hilfe stehen.
340 Wir wollen beide Institutionen fördern, für die Zukunft sichern und unterstützen
341 den Ausbau von Angeboten für Nachbar*innen und geflüchtete Menschen.

342 Wir wollen Verwaltungsprozesse nicht nur beschleunigen, sondern auch
343 digitalisieren, damit man bequem von Zuhause aus Leistungen beantragen kann.
344 Dafür machen wir uns im Bezirk und auf Landesebene stark. Auch in Krisenzeiten
345 müssen unsere Verwaltungen und Schulen arbeitsfähig bleiben, dafür muss in guten
346 Zeiten Vorsorge geleistet werden. Der Jugendgesundheitsdienst und die
347 Erziehungsberatungsstellen sollen so ausgestattet werden, dass auch in
348 Krisenzeiten kein Kind zurückgelassen wird.

349 Das soziale Miteinander & Gesundheitsversorgung stärken

350 Charlottenburg-Wilmersdorf ist ein vielfältiger und beliebter Bezirk. Im
351 Berliner Vergleich ist der Anteil ökonomisch besser gestellter Menschen sehr
352 hoch – aber zwischen Charlottenburg-Nord und Grunewald gibt es große
353 Unterschiede. Diese sozialen Ungleichheiten wollen wir ausgleichen.

354 Unsere wichtigsten Projekte für die kommende Wahlperiode sind:

- 355 • den öffentlichen Gesundheitsdienst besser personell und digital ausstatten
- 356 • generationenübergreifende Stadtteiltreffs entwickeln
- 357 • Erwerbslosigkeit durch (Weiter-)Bildung verhindern - Erwerbslosen
358 Perspektiven aufzeigen
- 359 • Wohnungslosigkeit vorab durch niedrigschwellige Hilfen vermeiden
- 360 • Drogenabhängige nicht kriminalisieren, sondern unterstützen - einen
361 Drogenkonsumraum im Bezirk errichten

362 Gesundes Leben und aktivierende Sozialpolitik

363 Gesundheit ist nach grünem Verständnis körperliches, psychisches und soziales
364 Wohlbefinden. Es entsteht durch Teilhabe am sozialen Leben und Selbstbestimmung
365 aller Menschen - unabhängig von Einkommen und sozialem Status. Deshalb setzen
366 wir uns für gerechte Lebensbedingungen und eine kieznahe Versorgung ein. In
367 Bezirksregionen wollen wir medizinische, pflegerische und psychosoziale Hilfen
368 verzahnen – unter aktiver Einbeziehung aller Beteiligten: der Anbietenden und
369 der Nutzenden. Die Stärkung der Gesundheitskompetenz und die Verhinderung von
370 Krankheiten oder deren Verschlechterung stehen dabei im Zentrum.

371 Nachhaltige Gesundheit entsteht im alltäglichen Leben. Gesundheitsförderung ist
372 deshalb ein Querschnittsthema aller politischen Ressorts: nachhaltige Klima- und
373 Umweltpolitik, eine menschengerechte und Bewegung fördernde Verkehrswende, gutes
374 einkommensunabhängiges Wohnen, umfassende Barrierefreiheit – damit wollen wir
375 die Lebensbedingungen aller Generationen verbessern.

376 Die COVID-19-Pandemie hat gezeigt, wie notwendig ein gut organisierter und gut
377 ausgestatteter Öffentlicher Gesundheitsdienst ist. In den letzten Jahrzehnten
378 konnten die bezirklichen Gesundheitsämter infolge der Personaleinsparungen
379 mühsam nur noch ihre Pflichtaufgaben erfüllen. Dabei haben sie neben den
380 hoheitlichen Aufgaben wie der Überprüfung von Hygienestandards und
381 Epidemiebekämpfung das Potential zur aktiven Gesundheitsförderung der
382 Bevölkerung. Um das zu erreichen, wollen wir die Personalausstattung verbessern,
383 auch durch Beschleunigung der Einstellungsverfahren, und für die Ausstattung mit
384 notwendiger Computertechnik sorgen.

385 Zur bezirklichen Gesundheitsplanung werden die Kompetenzen der
386 Organisationseinheiten für Qualitätssicherung, Planung und Koordination (QPK)
387 gestärkt. Das Gesundheitsamt unterstützt alle im Bezirk lebenden Menschen in
388 ihrer Gesundheit – unabhängig vom Aufenthaltsstatus und ihrer Berufsausübung.
389 Die Verwaltung soll auf Grundlage der Gesundheits- und Sozialdaten des Bezirks
390 gezielte Angebote zur Förderung der Bewegung, der Zahngesundheit und der
391 gesunden Ernährung erarbeiten und umsetzen. Sie arbeitet mit Anbieter*innen von
392 Gesundheits- und Sozialleistungen zusammen und bestimmt über die Finanzierung
393 und Aufgabenstellung.

394 Nach dem Vorbild des „Hauses des Säuglings“ im Rathaus Charlottenburg wollen wir
395 Beratungsangebote für Familien mit Kindern im ganzen Bezirk örtlich und zeitlich
396 schnell zugänglich, unter besonderer Berücksichtigung sozialer und ökonomischer
397 Lagen ausbauen. Hausbesuche nach Geburten werden allen Familien angeboten.

398 Die psychosoziale und psychiatrische Versorgung wollen wir weiter verbessern.
399 Der bezirkliche Gesundheitsdienst soll sicherstellen, dass Hilfen insbesondere
400 bei sexualisierter Gewalt angeboten wird. Die Beratung queerer Menschen durch
401 die im Bezirk ansässigen gemeinnützigen Träger wird gefördert und ausgebaut.

402 Gesund und aktiv älter werden

403 In Charlottenburg-Wilmersdorf leben sehr viele ältere Menschen: berlinweit hat
404 der Bezirk den zweitgrößten Anteil von Personen, die hundert Jahre und älter
405 sind. Viele Senior*innen erfreuen sich lange guter Gesundheit und engagieren
406 sich gerne ehrenamtlich. Sie brauchen mehr Wohn- und Pflegeangebote, die einen
407 möglichst langen Verbleib im vertrauten Quartier fördern und sichern. Wir
408 wollen, dass der Bezirk eine eigene Bedarfsplanung für pflegerische und
409 pflegepräventive Angebote unter Einbezug des Ehrenamtes zum möglichst langen
410 Erhalt der Selbstständigkeit von Betroffenen erarbeitet.

411 Der Ausbau der Tagespflege und die Förderung ambulanter Pflegeangebote tragen
412 genauso wie der Erhalt und Ausbau von Gesundheitszentren, Senior*innenclubs,
413 generationenübergreifenden Nachbarschaftstreffs und Gemeinschaftsgärten zur
414 Stärkung des sozialen Zusammenhalts bei. In Wohngemeinschaften kann trotz
415 Personalmangel eine gute Pflegequalität bei Erhalt privater Häuslichkeit
416 gewährleistet werden. Wir wollen, dass bezirkliche Einrichtungen und Pflegeheime
417 mit kostenlosem WLAN-Anschluss ausgestattet werden, bei Bedarf sollen Schulungen
418 zur Nutzung angeboten werden. Wir wollen die bezirklichen Seniorentreffpunkte zu
419 Stadtteilclubs mit einem Diversity-Ansatz erweitern. Menschen mit
420 Migrationsgeschichte sollen durch auf sie abgestimmte Angebote ausdrücklich zur
421 Teilnahme angesprochen werden.

422 Die Arbeit der bezirklichen Pflegestützpunkte im Bezirk wollen wir stärken, auch
423 bei der Entlastung von versorgenden Angehörigen. Interkulturelle Angebote und
424 kultursensible Pflege sollen gezielt gefördert werden. Heime und
425 Pflegewohngruppen sollen durch Öffnung in die Quartiere präsent und zugänglich
426 sein. Bedarfsgerechte Modernisierungen und die Entwicklung von Mindeststandards
427 für Pflege- und Wohnangebote, auch für alternative Wohnformen, wollen wir
428 erleichtern und langfristig sichern.

429 Die derzeitige Entwicklung der bezirklichen Pflegeeinrichtungen und
430 Senior*innenhäuser der Wilmersdorfer Seniorenstiftung sehen wir mit großer
431 Sorge. Aktuell hat die Stiftung den Vertrag über das Pflegeheim in der

432 Lentzeallee und ein weiteres Gebäude in der Schweinfurthstraße gekündigt. Wir
433 wollen die verbliebenen Einrichtungen erhalten. Das muss auf solider
434 finanzieller Basis geschehen. Unser Ziel ist der dauerhafte Erhalt der
435 Senior*innen- und Stadtteilclubs.

436 Mit der in 2019 eingerichteten Koordinationsstelle für Altenhilfe und Geriatrie
437 wollen wir regelmäßig Altenhilfepläne erarbeiten, um vorhandene Angebote zu
438 erfassen und Versorgungslücken und neue Bedarfe für die Versorgung von älteren
439 Menschen aufzuzeigen. Dazu gehört die Analyse der bezirklichen Altersstruktur
440 nach Quartieren und sozialer Lage. Die Angebote im Rahmen des Projekts
441 „Demenzfreundliche Kommune“ wollen wir im Zusammenwirken von Bezirksamt und
442 Pflegeeinrichtungen weiter ausbauen.

443 Gutes Miteinander in Charlottenburg-Wilmersdorf

444 Unser Bezirk lässt niemanden zurück, weder Erwerbslose, Wohnungslose,
445 Alleinerziehende noch andere Menschen, die Hilfe brauchen. Für sie alle ist das
446 Bezirksamt eine Anlaufstelle. Ihnen zugewandt nimmt die Verwaltung ihre Aufgaben
447 in der Daseinsvorsorge unkompliziert und bürgernah wahr. Die in der Corona-
448 Pandemie umgesetzten vereinfachten Verfahren machen deutlich, wie flexibel die
449 Verwaltung sein kann. Diesen Ansatz wollen wir dauerhaft nutzen, um den
450 bürokratischen Aufwand zu minimieren und schnelle und effektive Hilfe zu geben.
451 Der direkte Kontakt zu den Leistungsempfänger*innen soll dabei im Mittelpunkt
452 stehen.

453 Viele Erwerbslose im Bezirk haben keine Ausbildung oder gar keinen
454 Schulabschluss. Für sie ist es schwer, im ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.
455 Umso mehr muss rechtzeitig die Möglichkeit eines Abschlusses gefördert werden.
456 Mit den Jugendberufsagenturen, die integriert mit Jobcenter und Jugendamt
457 zusammenarbeiten, ist es bereits gelungen, mehr Jugendliche und junge Erwachsene
458 in eine Ausbildung zu bringen. Diesen Weg wollen wir fortführen und dabei
459 stärker Social Media für die Kontaktaufnahme nutzen.

460 Erwerbslose bekommen im Jobcenter Hilfe. Für die Unterstützung von
461 Langzeiterwerbslosen setzen wir auf Projekte, von denen Erwerbslose und die
462 Gesellschaft profitieren können. Durch Nutzung von Bundes- und Landesmitteln
463 wollen wir Weiterbildungsmöglichkeiten schaffen, die notwendige Kenntnisse für
464 neue Berufe vermitteln.

465 In der laufenden Wahlperiode haben wir die Stelle einer Ombudsperson im
466 Jobcenter initiiert. Sie ist unabhängig, kann Bescheide erläutern und in
467 Streitfällen vermitteln. Damit haben wir eine Möglichkeit geschaffen, jenseits
468 aufwändiger Widersprüche oder Klagen Probleme zu lösen. Das wollen wir
469 fortsetzen und die bislang ehrenamtliche Stelle professionalisieren.

470 Die Schuldner*innen- und Insolvenzberatung des Bezirks wurde durch zusätzliche
471 Landesmittel personell aufgestockt. Diese Mittel werden auch zukünftig
472 gebraucht, um die langen Wartezeiten auf eine Beratung zu verkürzen. Gerade in
473 den Zeiten der Corona-Pandemie geraten viele Menschen in finanzielle Not, für
474 deren Ausweg sie professionelle Unterstützung benötigen. Die Schuldner*innen-
475 und Insolvenzberatung soll auch präventive Beratungsangebote unterbreiten, um
476 Schuldenfallen vorzubeugen.

477 Vom ehrenamtlichen Engagement im Bezirk profitieren viele Menschen. Der Einsatz
478 in Vereinen, Glaubensgemeinschaften, Nachbarschaftsinitiativen und lockeren

479 Zusammenschlüssen in Interessengemeinschaften fördert sozialen Zusammenhalt und
480 Gemeinsinn. In der Coronakrise wird die Hilfsbereitschaft, z.B. bei der
481 Übernahme von Einkäufen, wieder deutlich. Wir wollen, dass das Bezirksamt diesen
482 Einsatz verstärkt unterstützt, etwa durch die aktive Vermittlung Interessierter
483 an Organisationen und Initiativen im Bezirk. In der Freiwilligenagentur können
484 sich jetzt schon Menschen von jung bis alt melden, um sich im Bezirk zu
485 engagieren. Auch das "Junge Engagement Charlottenburg-Wilmersdorf" wollen wir im
486 Rahmen der Freiwilligenagentur fortführen, um gezielt Jugendliche und junge
487 Erwachsene anzusprechen. Nachbarschaftszentren wie das Haus der Nachbarschaft
488 in Wilmersdorf oder das Haus am Lietzensee in Charlottenburg werden wir weiter
489 fördern und die Aktivitäten unterstützen.

490 Wege aus der Wohnungs- und Obdachlosigkeit

491 Durch die massiv wachsende Wohnungsknappheit werden immer mehr Menschen von
492 Wohnungslosigkeit bedroht. Das ist nicht nur eine massive Belastung, sondern der
493 Weg in eine lebensgefährliche Obdachlosigkeit, aus der ein Ausstieg sehr schwer
494 ist. Daher wollen wir alle nur möglichen Maßnahmen ausschöpfen, um den Verlust
495 der Wohnung im Vorfeld zu vermeiden. Dazu gehört eine aufsuchende Beratung über
496 möglichen Wohnungsverlust bei Mietrückständen und eine Vereinbarung über die
497 Übernahme der Mietzahlungen bei Menschen, die Leistungen der Grundsicherung oder
498 Sozialhilfe empfangen.

499 Im Bereich der Kältehilfe sind nicht nur ausreichend viele Plätze
500 bereitzustellen, sondern auch betreute Wohnformen anzubieten, die obdachlos
501 gewordenen Menschen Wege in ein selbstständig organisiertes Leben erleichtern.
502 Dazu wollen wir neben dem bewährten Wohnprojekt in der Güntzelstraße 4 weitere
503 Projekte einrichten.

504 Unser Ziel ist es, dass alle Unterkünfte für Wohnungslose Mindeststandards wie
505 die Ausstattung mit WLAN – berlinweit - aufweisen. Gemeinsam mit dem Landesamt
506 für Gesundheit und Soziales wollen wir erreichen, dass der Bezirk zukünftig
507 weniger Hostels zur Unterbringung von Wohnungslosen nutzen muss. Stattdessen
508 wollen wir das Konzept des "Housing First" anwenden und Wohnungslosen eine
509 Unterkunft oder Wohnung mit eigenem Mietvertrag anbieten.

510 Auch die präventive Arbeit wollen wir stärken. Den Aufbau der integrierten
511 Fachstellen zur Prävention von Wohnungslosigkeit unterstützen wir und wollen ihn
512 in der kommenden Wahlperiode fortsetzen, damit die Hilfe greifen kann, bevor
513 Wohnungslosigkeit entsteht.

514 Um obdachlosen Personen ein Mindestmaß an Hygiene zu ermöglichen, wollen wir uns
515 als Bezirk für einen flächendeckenden Ausbau an öffentlichen und kostenlos
516 zugänglichen Toiletten einsetzen. Für das harte Leben auf der Straße muss
517 wenigstens eine sanitäre Grundausstattung – insbesondere für Frauen und
518 menstruierende Personen - gewährleistet sein, dazu gehört etwa der Zugang zu
519 Menstruationsprodukten.

520 Suchtprävention und Selbstbestimmung

521 Wir wollen eine Drogenpolitik durch Aufklärung und Unterstützung statt
522 pauschaler Kriminalisierung. Abhängige brauchen Unterstützung, keine
523 Sanktionierung. Die soziale Arbeit mit Konsument*innen muss vernünftig und
524 akzeptierend sein, fokussiert auf die Wirkung statt auf die willkürliche
525 Trennung zwischen legalen und illegalen Drogen. Dabei müssen wir verstärkt auch

526 sogenannte nichtstofflich gebundene Abhängigkeiten, wie etwa Glücksspiel und
527 Internet, in den Blick nehmen. Prävention ist effektiver als Heilung.

528 Dort wo sich Konsument*innen treffen, herrschen oft menschenunwürdige Zustände.
529 Am Bahnhof Zoo wurde mit dem Hygienecenter zumindest etwas Abhilfe geschaffen.
530 Hier müssen aber noch mehr Angebote entstehen, die den Konsum unter hygienischen
531 Bedingungen ermöglichen. Die sozialen Bedarfe sind bei den großangelegten
532 Planungen für die städtebauliche Umgestaltung des Zoo-Areals mit einzubeziehen.

533 Wir setzen uns weiterhin für einen festen Drogenkonsumraum im Umfeld des
534 Stuttgarter Platzes ein und begrüßen die Planung eines Konsumraumes am Bahnhof
535 Charlottenburg. Im Drogenkonsumraum können gebrauchte Spritzen sicher entsorgt
536 werden und gefährden nicht die Umgebung. Zur Reduzierung von Gesundheitsgefahren
537 wollen wir auch im Bezirk das Angebot schaffen, Substanzen vor dem Konsum auf
538 ihre gesundheitliche Sicherheit prüfen zu lassen.

539 Die Aufklärung über die Gefahren auch legaler Drogen wie Alkohol oder Tabak soll
540 ausgeweitet werden. Der Bezirk muss Hilfs- und Beratungsangebote offensiver
541 bewerben. Aufklärungsangebote an Schulen müssen ausgeweitet werden und über eine
542 bloße Tabuisierung hinausgehen. Gefahren und Risiken sollen ebenso wie der Weg
543 in ein adäquates Konsumverhalten dargestellt werden. Dabei muss eine ehrliche
544 Aufklärung über die gesundheitlichen Folgen unabhängig vom Status der Legalität
545 stattfinden.